

# 1. Einleitung

„Am Sonnabend, den 12. d. M., an welchem morgens die deutschen Truppen die österreichische Grenze überschritten hatten, wurde ich abends um 7½ Uhr vom österreichischen Generalkonsul gebeten, ihm eine Hakenkreuzflagge zu überlassen, ein Wunsch, dem selbstverständlich entsprochen wurde. Am Sonntag und Montag war auf dem österreichischen Generalkonsulat die österreichische und die deutsche Flagge gesetzt worden, am Dienstag nur noch die deutsche Flagge. Ab 17. d. M. wurde keine Flagge mehr gesetzt, da die Amtsräume geschlossen worden waren. Am 18. d. M. wurden an dem Amtsgebäude die österreichischen Hoheitszeichen entfernt.“ (Dok. 119)

So schilderte der deutsche Generalkonsul in Jerusalem, Walter Döhle, am 21. März 1938 in einem Bericht an das Auswärtige Amt in Berlin das Ende österreichischer Präsenz im Nahen Osten. Am selben Tag legte der ehemals österreichische Generalkonsul, Ivo Jorda, mit Handschlag folgendes Gelöbnis ab: „Ich gelobe: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein und meine Dienstobliegenheiten gewissenhaft und uneigennützig erfüllen.“ Döhle zeigte sich kollegial: Jorda durfte Siegel und Fahne des österreichischen Generalkonsulats behalten und nach Wien mitnehmen. Dennoch – eine ruhmreiche Epoche österreichischer Nahostpolitik war zu Ende gegangen.

Begonnen hatte es im Jahr 1849. Seit jenem Jahr war Österreich durch ein Konsulat in Jerusalem vertreten. Im Ersten Weltkrieg konnten wie im übrigen Europa österreichische und deutsche Truppen den Vormarsch der Briten, Australier und Neuseeländer auch im Nahen Osten nicht aufhalten, im November 1917 verließ das Amtspersonal des Konsulats Jerusalem. Erst zehn Jahre später, 1927, wurde in Jerusalem wieder ein österreichisches Konsulat errichtet. Leiter war Generalkonsul Walter Haas. Sein Nachfolger wurde 1933 der bereits erwähnte Ivo Jorda.

Möglicherweise lag es an der katholischen Tradition Österreichs – immerhin mit dem bis heute größten profanen Gebäude in der Altstadt von Jerusalem, dem Österreichischen Hospiz – und wohl auch daran, dass damals in Wien zunächst ein Prälat Kanzler war – Ignaz Seipel –, dessen Nachfolger auch „gute Katholiken“ waren: Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie sehr kirchliche Themen im Mittelpunkt der Berichterstattung der beiden österreichischen Generalkonsuln standen. Das ging von der ersten

## 1. Einleitung

---

Pilgerfahrt österreichischer Akademiker ins Heilige Land über das Unterbleiben der Pilgerfahrt von Bundeskanzler Seipel bis zu immer wiederkehrenden Kultusfragen im Heiligen Land, etwa die unterschiedlichen Rituale in der Grabeskirche, die in Einzelheiten geschildert werden und den heutigen Leser doch etwas verwundern. Jedenfalls herrschte in diesen Angelegenheiten ein eisernes Gesetz: der status quo war „suprema lex“ und durfte auf keinen Fall durchbrochen werden.

Damals war der lateinische Patriarch – „Seine Seligkeit“ bzw. „Seine Beatitude“ – der wichtigste Mann in Jerusalem; danach kam der griechisch-orthodoxe Patriarch, der armenische, etc. Es ging darum, wer wo sitzen durfte, wann wer zum Bischof ernannt wurde, um das Verhältnis zum Vatikan usw. Juden durften die Grabeskirche nicht betreten, Katholiken nicht das großartige YMCA-Gebäude. Unterstrichen wurde dieses Verbot 1935 noch durch einen Hirtenbrief des Patriarchen. Generalkonsul Jorda betrat das Gebäude überhaupt nicht, dessen Unterkünfte und Sportinstitute, wie er 1934 einmal meinte, „immer mehr verjudet“ worden waren. Als 1935 der Rektor des Österreichischen Hospizes erkrankte, wäre die beste Unterbringung im Deutschen Spital gewesen, „doch kam dies aus konfessionellen Gründen nicht in Betracht“.

Haas berichtete wenig über die österreichischen Juden in Palästina, die als Zionisten noch freiwillig ins Land gekommen waren. In seinem ersten Bericht vom April 1927 hieß es:

„Von Juden merkt man in Jerusalem fast gar nichts, jedenfalls weit weniger als in den Geschäftsvierteln Wiens, von Warschau ganz zu schweigen. Sie wohnen meist in Tel Aviv und in den Kolonien, und dahin werde ich wohl später einige Reisen machen müssen.“

Im Oktober 1928 berichtete Haas von einem Zwischenfall an der Klagemauer. Arabische Polizisten verlangten von den Juden, eine von ihnen aufgestellte transportable Scheidewand sofort zu entfernen. Die Juden verweigerten das, worauf sich die arabischen Polizisten zurückzogen und dann britische Polizisten erschienen, die die Forderung wiederholten. Da die Juden nicht reagierten, griffen die Polizisten selbst zu und entfernten die Scheidewand. Die Juden leisteten heftigen Widerstand, „an dem sich nach bewährter Taktik auch Frauen in der vordersten Linie beteiligten“. So kam es zu einem Kampf, der „sehr bedenkliche Formen annahm“. Ein jüdischer Augenzeuge nannte die Szene „eine wüste Prügelei, bei der Frauen geschlagen und zu Boden geworfen, Männer auf dem Boden liegend weggeschleift worden seien und von dem Streitobjekte selbst nach dem Kampfe kaum mehr ein großer Fetzen übrigblieb“.

Dies ist einer der wenigen „politischen“ Berichte von Haas. Auch bei seinem Nachfolger Jorda geht es zunächst um religiöse Rituale und Besonderheiten und Wichtigkeiten der Vertreter der verschiedenen Glaubensbekenntnisse, auf die strengstens geachtet wurde. Ein anderes Thema rückt dann zwar mehr und mehr in den Mittelpunkt der Berichterstattung, nämlich die Zusammenstöße zwischen Arabern und Juden, aber wirklich „politische“ Berichte über die Lage in Palästina fehlen. Ein wahres Lesevergnügen sind dagegen die Berichte Jordas über seine Antrittsbesuche in Syrien und im Libanon, oder auch seine Antrittsvorstellung in Transjordanien.

Die Berichte von Walter Haas und Ivo Jorda habe ich im Zusammenhang mit der Aktenedition über die Berichte der österreichischen diplomatischen Vertreter in Israel gemeinsam mit meinem Freund und Kollegen Rudolf Agstner in einem Ergänzungsband bereits im Jahre 2004 veröffentlicht.<sup>1</sup> Die dort abgedruckten 168 Dokumente sind jene Berichte, die im Österreichischen Staatsarchiv in Wien erhalten geblieben sind; sie zeigen die erwähnten Schwerpunkte der Berichterstattung.

Relativ selten werden die deutschen Generalkonsuln erwähnt. Das Verhältnis zum Deutschen Erich Nord war anfangs nicht ganz reibungsfrei. Da ging es um Fragen, wann wer welche Fahne welcher Größe zu welchem Anlass hissen sollte, etwa beim jährlichen Ritual der Briten beim sog. „Deliverance Day“, den Feiern zur Erinnerung an den 9. Dezember 1917, als General Allenby in Jerusalem eingezogen war. Das gab Probleme vor allem für die Verlierer des Weltkrieges, die auch noch Flaggen hissen sollten. Der deutsche Generalkonsul reiste in der Regel vorher ab, ließ aber flaggen; der österreichische ließ dann auch flaggen, da „sogar“ die Deutschen geflaggt hatten, während der türkische Konsul unsichtbar war. Betroffen war man dann im Juli 1935 von der Abberufung des Nachfolgers Erich Nord, Heinrich Wolff, die mit der jüdischen Abstammung seiner Frau begründet wurde. Die Entrüstung im Konsularcorps in Jerusalem über diese „ignoble“ Affäre war tief und allgemein. Wolff hatte sich in der Vergangenheit mehrfach bemüht, geradezu demonstrativ ein besonders enges, ja beinahe familiäres Verhältnis zum österreichischen Generalkonsul herzustellen. Jorda: „Um ihn nicht vielleicht zu kompromittieren, habe ich die erste Woche verstreichen lassen, bevor ich ihm meinen Beileidsbesuch abstattete, nachdem meine Frau schon vorher Frau Generalkonsul Wolff besucht hatte.“

So interessant die österreichischen Berichte auch sind, von Anfang an war beabsichtigt, auch die Berichte der deutschen Generalkonsuln zu ver-

---

<sup>1</sup> 1927–1938: Berichte aus Jerusalem. Generalkonsul Walter Haas (1927–1933)/Generalkonsul Dr. Ivo Jorda (1933–1938), bearbeitet von Rolf Steininger und Rudolf Agstner, Olzog Verlag, München 2004.

## 1. Einleitung

---

öffentlichen – soweit sie denn überliefert waren. Nach Schließung des deutschen Generalkonsulats 1918 vertrat der spanische Konsul in Jerusalem die deutschen Interessen, ehe dann 1924 das deutsche Generalkonsulat in Jerusalem wieder errichtet wurde. Leiter war Karl Kapp, geb. 1889, gest. 1947. Er war bereits am 9. Februar 1923 dem spanischen Konsul zugeteilt, wurde dann ab dem 18. Dezember 1924 als Vizekonsul kommissarischer Leiter des wieder errichteten deutschen Generalkonsulats; er arbeitete dort bis zum 24. Juli 1926. Von ihm wird im Folgenden lediglich ein Bericht abgedruckt. Der Grund ist relativ einfach: Kapp war hauptsächlich mit der technischen Abwicklung der Rückführung der Palästina-Deutschen befasst, was kaum zum Thema ausführlicher Berichterstattung gemacht worden war. Es ging fast ausschließlich um Geld- und Besoldungsangelegenheiten der Angestellten des Konsulats (Dolmetscher, Kawass, Hausdiener).

Nachfolger Kapps wurde dann Erich Nord, geb. am 10. Mai 1881, gest. in Bangkok am 18. April 1935. Er war 1904 in den Auswärtigen Dienst eingetreten, war später in Konstantinopel tätig, dann vom 24. Juli 1926 bis 26. Oktober 1932 Generalkonsul in Jerusalem, anschließend in Bangkok. Sein Nachfolger wurde der bereits erwähnte Heinrich Wolff. Wolff wurde 1881 in Berlin geboren, trat 1912 in den diplomatischen Dienst ein, war dann vom 19. Dezember 1932 bis zum 18. September 1935 Generalkonsul in Jerusalem und wurde dann in den einstweiligen Ruhestand versetzt; er starb im Februar 1946. Sein Nachfolger in Jerusalem wurde Walter Döhle. Döhle wurde 1884 in Eschwege in Deutschland geboren und starb im April 1945. In Jerusalem war er tätig vom 2. November 1935 bis zum 30. Juli 1939.

Zur Überlieferung der Berichte ist zu sagen: Bis zur Organisationsreform im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin im Jahr 1936 sind die Berichte der deutschen Generalkonsuln so gut wie vollständig erhalten; für die Zeit ab 1936 ist die Überlieferung kriegsbedingt leider nur noch sehr lückenhaft und bricht mit dem Jahr 1938 fast vollständig ab. Es ist schlicht so, dass die Folgebände einfach den Krieg nicht überlebt haben. Zum „Schicksal“ der Akten des Generalkonsulats Jerusalem selbst erzählt man sich in Jerusalem folgende Geschichte: Anfang der Fünfzigerjahre wollte ein Archivar auf dem Fischmarkt in Jerusalem einkaufen und sah, wie der Fischhändler die Fische in Akten des Generalkonsulats einwickelte. Die Akten waren im Altpapier gelandet. Sie befinden sich jetzt im israelischen Staatsarchiv in Jerusalem (wo ich übrigens auch das anfangs zitierte Dokument gefunden habe).

Die im Folgenden abgedruckten Dokumente stammen sämtlich aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, und zwar aus den Beständen R78325 bis 78339 und R104785 bis 104791. Es sind dies fast ausschließlich politische Berichte, die die Lage Palästinas beschreiben und analysieren; d. h. es geht um das Verhältnis Araber – Juden – britische Man-

datsverwaltung. Dies ist ein wichtiger Teil der Vorgeschichte der Gründung des Staates Israel. Dies zu dokumentieren, war meine Absicht. An dieser Stelle sind drei deutschsprachige Darstellungen über diesen Zeitraum zu nennen: Ralf Balke, Hakenkreuz im Heiligen Land. Die NSDAP-Landesgruppe Palästina, Erfurt 2001, hervorgegangen aus einer Dissertation aus dem Jahr 1997 bei Dan Diner. In dieser Arbeit geht es in erster Linie um die etwa 2.500 nichtjüdischen Deutschen in den Kolonien Jaffa, Saron, Wilhelma, Jerusalem, Haifa, Bethlehem und Waldheim. Eine weitere Arbeit haben Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers vorgelegt: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2006. Der Schwerpunkt liegt hier auf der Geschichte seit Kriegsausbruch; nur ein Kapitel beschäftigt sich mit der Zeit davor. Am wichtigsten und interessantesten ist die inzwischen ins Deutsche übersetzte Darstellung des bekannten israelischen Journalisten und Historikers Tom Segev: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, Berlin 2005. Segev stützt sich bei seiner Arbeit auf eine Fülle bislang unerschlossener Quellen, in erster Linie zionistischen Ursprungs, etwa dem Tagebuch von David Ben Gurion und zahlreichen anderen hebräischen Dokumenten, die in Jerusalem im Zionistischen Zentralarchiv und im israelischen Staatsarchiv aufbewahrt werden.

Es gibt bislang keine deutschen Quellen, die zeigen, wie es zur Entstehung des Krisenherdes in Palästina gekommen ist. Von daher sind die hier wiedergegebenen Dokumente nicht nur eine hervorragende Ergänzung zur Darstellung von Tom Segev, sondern sie bieten auch einen authentischen Einblick in die Geschehnisse der damaligen Zeit, so wie sie von den deutschen Generalkonsuln gesehen und analysiert worden sind. Da berichtet Erich Nord von der Krise des Zionismus im Jahre 1927:

„Ergreifend ist das tragische Los zahlreicher Anhänger des Zionismus, die, vielfach aus reinstem Idealismus, ihrer Überzeugung zuliebe, ihr Geschick mit dem gelobten Land verbunden haben. Im tiefsten Elend verbringt eine große Reihe dieser eingewanderten Juden, die zum Teil aus gutsituierten Familien Europas stammen und zur geistigen Elite ihrer Rasse gehören, ihr Leben in den neugegründeten Städten oder Landsiedlungen Palästinas. [...]

Die kleinen Handwerker und Händler aus den Einwandererkreisen schließen einer nach dem andern ihre Läden, sobald das von der Heimat mitgebrachte geringe Kapital aufgebraucht ist. Eine Flucht der Juden aus Palästina hat eingesetzt. Bezeichnend für die Situation in den beiden Zentren der zionistischen Judenschaft Palästinas, den Städten Tel-Aviv und

## 1. Einleitung

---

Afuleh, sind die Schlagworte, die von Mund zu Mund laufen: ‚(Tel-Aviv) Wir sitzen hier am Mittelmeer und haben keine Mittel mehr‘ und noch sarkastischer: ‚Afuleh, die erste moderne jüdische Ruinenstadt Palästinas.‘“ (Dok. 7)

Tel Aviv lag demnach „an falscher Stelle und wird in früherer oder späterer Zeit von Haifa überholt und mattgesetzt werden“. (Dok. 6) Und das zu einer Zeit, als sich die Zusammenstöße zwischen Juden und Arabern mehr und mehr häuften. Anstifter der antijüdischen Aktion war der geistige Führer der Moslems, Amin al Husseini, den die Briten im Mai 1921, wenige Tage nach ersten Unruhen in Jaffa, wo 43 Juden ermordet worden waren, zum Mufti von Palästina ernannten. Husseini war erst 28 Jahre alt, Angehöriger einer reichen Familie, und nannte sich schon bald „Großmufti von Jerusalem“, was bedeutender klang. 1929 brachen die Konflikte erstmals offen aus, der Großmufti sprach vom „Heiligen Krieg“, der in Jaffa, Hebron und Safet, aber auch an anderen Orten geführt wurde. Über diese Judenmassaker gibt es keine besseren Berichte als jene aus dem deutschen Generalkonsulat. Über die Unruhen in Jerusalem heißt es am 29. August 1929:

„Die beiden Parteien standen sich bei diesen Ausschreitungen an Zügellosigkeit nichts nach: Während in den arabischen Stadtteilen eine regelrechte Jagd auf Juden gemacht wurde, schlugen in den jüdischen Stadtteilen, wie ich selbst beobachten konnte, die mit Knüppeln, Eisenstangen und Steinen bewaffneten Juden wahllos jeden Fellachen auf offener Straße nieder. Die Polizei stand diesen Vorgängen, die zahlreiche Tote und Verwundete forderten, völlig machtlos gegenüber. In der Nacht von Freitag auf Sonnabend kam es zu den ersten schweren Schießereien, deren Schauplatz in erster Linie die im Nordwesten der Stadt gelegenen jüdischen Bezirke waren, die die zum großen Teil gut mit Schusswaffen versehenen Araber heftig angriffen. Diese Angriffe wurden von der Polizei, die bereits am Freitag Verstärkung herangezogen hatte, zusammen mit den schon zu diesem Zeitpunkt völlig in die Defensive gedrängten Juden, die einen von der Polizei z. T. mit Waffen versehenen Selbstschutz gebildet hatten, abgewiesen und kosteten wiederum zahlreiche Opfer auf beiden Seiten.“ (Dok. 16; siehe auch Dok. 14, 15, 17)

Im Oktober 1929 heißt es, die Streitigkeiten „spitzen sich auf arabischer Seite mehr und mehr auf das politische Endziel zu: die Aufhebung

oder Einschränkung der Balfour-Deklaration“. (Dok. 19) Und wenig später: „Aber unter der Decke glimmt das Feuer der politischen Leidenschaften weiter.“ (Dok. 21) Im November 1929 untersucht Generalkonsul Nord Ursachen und Nachwirkungen der Palästinenserunruhen und kommt zu dem Ergebnis, nachdem den Juden

„die Balfour-Deklaration die Pforte Palästinas geöffnet hatte, begannen sich die Zionisten häuslich im Lande einzurichten, ohne auf die Gefühle der seit vielen Jahrhunderten bodenständigen, überwiegend rein arabischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. [...] [Sie] hielten sich [...] in völliger Verkennung der realen Verhältnisse für die Beglückter des Landes. [...] Die Araber fühlten sich mehr und mehr an die Wand gedrückt. Für die Verbesserung der Bodenbearbeitung und für industrielle Betätigung haben sie noch wenig Verständnis, und die europäischen Kulturrerungenschaften verachten sie alle im Grunde ihres Herzens.“ (Dok. 22)

Die ernste Lage hielt an, denn „es ist notorisch, dass Juden wie Araber sich mehr und mehr bewaffnen“. (Dok. 24)

Wie üblich setzte die britische Regierung eine Untersuchungskommission ein. In dem abschließenden Bericht wurden die Araber für die Massaker verantwortlich gemacht, aber auch Verständnis für sie geäußert. Ihre Reaktion sei die Folge enttäuschter nationaler Aspirationen und Befürchtungen hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Zukunft wegen Landkäufen und Verlust ihrer Existenzgrundlage. Die Juden hätten kein Verständnis für die zweiseitige Verantwortlichkeit der britischen Verwaltung und ebenso wie die Araber „wenig Kompromissbereitschaft“ gezeigt. Großbritannien habe gleich große Verpflichtungen gegenüber Juden und Arabern. Für neue Siedler stehe kein Land mehr zur Verfügung, mit Ausnahme jener Gebiete, die sich bereits im Besitz der Jewish Agency befänden. In einem Weißbuch wurde der britischen Regierung eine drastische Begrenzung der Einwanderung und des Landerwerbs durch Zionisten empfohlen. Die Zionisten waren empört; entsprechend lautete ihre Reaktion: „Gott schütze mich vor Kommissionen – vor Pogromen kann ich mich selbst schützen.“ Für Zionistenführer Chaim Weizmann war klar: „Das Weißbuch zielt darauf ab, unsere Arbeit in Palästina unmöglich zu machen.“ Es herrschte der allgemeine Eindruck vor, als ob die Errichtung der zugesagten jüdischen Heimstätte mit Blick auf Großbritannien mehr oder weniger abgeschlossen sei oder als ob jede weitere Entwicklung von der Zustimmung der Araber abhänge. Der britischen Regierung wurde in diesem Weißbuch eine drastische Begrenzung der Einwanderung und des Landerwerbs empfoh-

## 1. Einleitung

---

len. Nach massiven Interventionen der Zionisten wurde dies in einem Brief des britischen Premierministers Ramsay MacDonald an Weizmann im Februar 1931 dann allerdings relativiert. Es war dies Weizmanns letzter großer politischer Erfolg. MacDonald bestätigte im Prinzip das, was im Völkerbundmandat festgeschrieben worden war; die Araber nannten dieses Schreiben nicht zu Unrecht den „Schwarzen Brief“. Weizmann und seine Kollegen hatten ihn entworfen, MacDonald nur noch unterschrieben! Im Grunde war dies eine Kapitulation der britischen Regierung vor den Zionisten, die die Weiterentwicklung in Palästina in ihrem Sinne sicherstellte. „Die Gegensätze“, so meinte Nord in einer Analyse der politischen Lage in Palästina im September 1930,

„zwischen Judentum und Arabertum verschärfen sich trotz der durch Englands Militär- und Polizeimacht künstlich aufrechterhaltenen äußeren Ruhe und Ordnung von Tag zu Tag.“ (Dok. 41)

Gab es eine Lösung? Offensichtlich nicht. In einer Analyse der „jüdischen Front“ meinte Nord:

„Der extreme rechte Flügel der sogenannten Revisionisten, deren Parole die Errichtung eines nationalen Judenstaates in Palästina bildet, und die deshalb jeden Kompromiss mit den Arabern verwerfen, steht in schärfstem Gegensatz zu den Anhängern der Idee eines in Palästina aus Juden und Arabern zu schaffenden binationalen Staatswesens. Aber auch viele Zionisten, die nicht der revisionistischen Partei angehören, verwerfen diese Idee des Binationalismus, ohne ihrerseits freilich das Problem zu lösen, wie sich das staatliche Zusammenleben von Juden und Arabern gestalten soll.“ (Dok. 41)

Nord hatte den Eindruck aus Gesprächen mit jüdischen Führern der verschiedensten Parteischattierungen, „dass es eine wirklich befriedigende Lösung des künftigen Verhältnisses zwischen Juden und Arabern im Lande überhaupt nicht geben werde“. Auch die Araber waren nicht kompromissbereit, denn, so Nord, sie betrachten

„jedes Nachgeben gegenüber den jüdischen Forderungen als Verrat an ihrer national-arabischen Sache. Englands Aufgabe, den Fortschritt und die Befriedung des Landes zu fördern, wie sie ihm der Völkerbund jetzt wieder gestellt hat, wird daher eine überaus schwierige, wenn nicht unlösbare sein.“ (Dok. 41)



Die Einstellung der englischen Kolonialbeamten und Offiziere, die nach Palästina kamen, beschrieb Walter Döhle später einmal so:

„Sie kommen nach hier mit der englischen, auf der Bibel fußenden Auffassung, dass die Juden auf das ‚Gelobte Land‘ ersten Anspruch haben. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit wandelt sich bei denjenigen Engländern, welche nicht jüdisch versippt sind, diese Einstellung und wird durch die typisch englische Kolonialauffassung der Ausbalancierung der sich widerstrebenden Interessen ersetzt. Die starke Aktivität der Juden in der rücksichtslosen Vertretung ihrer Interessen und die Hilflosigkeit, welche die arabische Seite lange Zeit in der Vertretung ihrer Interessen zeigte, führt den Engländer dann in eine schiedsrichterliche Rolle, die sich praktisch zu Gunsten der Araber auswirkt. Die Juden ziehen hieraus die Folgerung, dass jeder englische Beamte, der sich nicht projüdisch ausspricht, als proarabisch angesprochen und gegen ihn agitiert wird.“ (Dok. 107)

Ausführlich werden die Reaktionen auf die Entwicklung in Deutschland seit dem 30. Januar 1933 verfolgt. Angesichts der Besonderheit der Verhältnisse in Palästina war es selbstverständlich, so Generalkonsul Wolff am 20. März 1933, „dass die Nachrichten über die Geschehnisse der Juden in Deutschland hier mehr als alles andere die Gemüter sowohl der Juden als auch der Araber auf das Lebhafteste erregen“. Es gab reihenweise entsprechende Aktionen. Da wurde zum einen Hitler beim Purim-(Faschings-) Fest in Tel Aviv „verunglimpft“ – Hitler dargestellt auf einem Pferd mit einer Lanze in der Hand und einer Tafel auf der Brust, auf der hebräische Worte standen mit dem Sinn: „Tod den Juden“ usw. (Dok. 60) Da geht es um einen möglichen Boykott deutscher Waren (Dok. 67, 71, 72, 75), um die Entwendung der Hakenkreuzfahne des Generalkonsulates in Jerusalem (Dok. 73), um wiederholte „Besudelungen“ der Tür und Mauer des Generalkonsulates (Dok. 90), aber auch um deutsche Touristen, von denen einer Generalkonsul Wolff mit ganz besonderem Stolz erzählte, „er sei mit dem Hakenkreuz zur Klagemauer gegangen“. (Dok. 91)

Für Wolff war klar, dass nach den aus Deutschland kommenden Nachrichten die Juden als Ziel der deutschen Regierung nicht etwa nur eine Ausmerzungen der „riesigen Auswüchse“ sahen, die die restlose Emanzipation der Juden in Deutschland mit sich gebracht hatte, und die Zurückführung des deutschen Judentums auf seine Stellung etwa in der Vorkriegszeit, „sondern eine einzig in der Welt dastehende wirtschaftliche und moralische Vernichtung eines Bevölkerungsteiles, gegen die sie sich mit al-

## 1. Einleitung

---

ler Gewalt wehren wollen“. Da konnte es eigentlich kaum noch wundernehmen, wenn die jüdische Jugend in Palästina sich zu Bündnissen zusammenschloss, wenn die „nationale Jugend“ gegen deutsche Filme mit Stink- und Tintenbomben vorging und die Absetzung vom Spielplan durchsetzte, wenn der „Bund der Draufgänger“ sich rühmte, die deutschen Fahnen des Konsulats in Jaffa herunterzureißen und Wolff mit der Post die Aufforderung erhielt, sein Testament zu machen, falls er nicht innerhalb von fünf Tagen seinen Protest gegen die deutschen Regierungsmaßnahmen in der Presse veröffentlichen sollte. (Dok. 71)

In einer politischen Übersicht über das Jahr 1933 stellten sich die Vorgänge folgendermaßen dar:

„Die Juden sind natürlich auf das schwerste entsetzt über die Erschütterung und teilweise Vernichtung der jüdischen Position in Deutschland, und ihre Aufwallung in den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres, die sich unter anderem im Boykott deutscher Waren und einigen Gewaltakten gegen das Generalkonsulat Luft machte, war eine durchaus ernst empfundene. Aber erstaunlich war, dass sie schneller als in anderen Ländern realen politischen und wirtschaftlichen Gedankengängen sich wieder zugänglich geneigt gezeigt haben. Sie haben eben hier, wo die für den Aufbau des National Home und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes maßgebenden Juden vor allen Dingen Politiker sind, schnell erkannt, welche Möglichkeiten sich aus dem Unglück der Juden in Deutschland für den Zionismus und die Entwicklung Palästinas ergeben können. [...]

Die Geschehnisse in Deutschland lieferten dem Zionismus beweiskräftiges Material für die Berechtigung seines Daseins, und die Aufrüttelung der deutschen Juden hat innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen viele dazu gebracht, sich mit Zionismus, Judenstaat und National Home zu beschäftigen, die dafür früher nur ein mitleidiges Lächeln übrig hatten. Verstärktes Interesse, vertieftes Verständnis und vermehrte Opferwilligkeit des Weltjudentums für zionistische Fragen und Ziele sind die Vorteile, die das abgelaufene Jahr dem Zionismus gebracht hat.“ (Dok. 88)

Auch von arabischer Seite wurde der Entwicklung in Deutschland viel Interesse entgegengebracht, wobei „ein gewisses Gefühl der Schadenfreude mitspielt“ (Dok. 59), verbunden mit einer Verschärfung der Spannung zwischen Juden und Arabern. Wolff glaubte allerdings nicht, dass die arabische Bevölkerung Palästinas in ihrer Gesamtheit von dieser antijü-

dischen Einstellung ausnahmslos beherrscht wurde, allerdings war klar, dass alles, was sich zur Oberschicht und zur so genannten „Intelligenz“ rechnete,

„Gewicht darauf legt, seine anti-jüdische Einstellung zu betonen. Sie können sich nicht genug tun in immer wiederholten Protesten gegen jüdische Einwanderung, jüdische Landverkäufe, jüdisches Kapital und was ihnen sonst noch einfällt, und am lautesten schreien diejenigen, die selbst verkauft und ihr Schäflein ins Trockene gebracht haben. [...] Wenn auch noch nicht mit Feuer, so wird doch mit Zündstoff gespielt, und was die sich hier schon bemerkbar machende Einwanderung deutscher Juden zeitigen kann, muss abgewartet werden.“ (Dok. 65)

In der erwähnten politischen Übersicht über das Jahr 1933 meinte Wolff:

„Die Araber haben die Entwicklung der Dinge in Deutschland auf das lebhafteste begrüßt, unter anderem weil ihnen die anti-jüdische Richtung gewisser Regierungsmaßnahmen sehr behagt und weil sie Deutschland um seinen Führer um so mehr beneiden, als sie erkennen müssen, dass ihnen selbst jede Führergestalt fehlt. In ihrer Bewunderung Deutschlands kommen sie gar nicht auf den für ein in politischen Dingen noch vielfach primitives Volk naheliegenden Gedanken, Deutschland für die verstärkte jüdische Einwanderung nach Palästina gewissermaßen verantwortlich zu machen.“ (Dok. 88)

Und anlässlich der Eröffnung des neuen Hafens in Haifa im Oktober 1933 ging Wolff noch einmal auf die grundsätzliche Problematik ein – mit deutlichem Wohlwollen gegenüber den Zionisten. Die Wünsche der Araber auf Aufhebung der Balfour-Deklaration und Unterbindung der jüdischen Einwanderung waren demnach „nichts anderes als papierene Wünsche und Proteste“. Dann wies er auf die Vorteile auch für die arabische Bevölkerung durch den Aufschwung des Landes hin,

„wobei ich ganz von denen absehe, die am Tage laut gegen die jüdische Einwanderung und die Länderverkäufe schreien, weil sie in der Nacht gut an die Juden verkauft haben, und wenn es vielen Fellachen schlecht geht, so sollten die Araber auch vor ihrer eigenen Türe kehren, denn sie wissen ganz gut, wieweit

die Zinstyrannie der Effendis an der schlechten Lage der Landbevölkerung mit schuld ist. Es geht doch auch nicht an, sich gegenüber den Landverkäufen einfacher Leute an die Juden, wie man hier immer wieder hören kann, damit herauszuwinden, dass man erklärt, die Araber seien eben Kinder, sie wüssten nicht, was sie täten, wenn sie ihr Land verkaufen; das für das Land erhaltene Geld sei bald aufgebraucht, und deswegen habe die Regierung, die auf Grund des Mandats das Land entwickeln und die Bevölkerung erziehen müsse, jeden Verkauf an die Juden zu untersagen.

Ganz verfehlt ist der Hinweis auf die großen Industrieunternehmungen, weil den Arabern doch gar zu leicht nachzuweisen ist, dass sie zum Aufbau solcher Werke gar nicht imstande sind. [...] Die Araber fühlen, dass ihnen in den Juden ein Volk über den Hals kommt, das der großen Masse der arabischen Bevölkerung durch Jahrhunderte lange Verbundenheit mit Europa, seiner Kultur, seiner Arbeitsweise und seinem Arbeitstempo überlegen ist und welches deshalb einen großen Vorsprung vor ihnen hat. Nun werden sie hart aus ihrem Dornröschenschlaf aufgeschreckt. [...] Gewiss können sie einem leid tun, aber das ist Sentiment und für Realpolitik wenig geeignet. Sie sollten sich darüber nicht im Zweifel sein, dass sie die Juden und die Engländer nicht wieder loswerden, und dass es nun heißt, sich umzustellen, und zwar je schneller, desto besser.“ (Dok. 81)

1936 versuchten es die Araber: Am 25. April 1936 wurde zum Generalstreik „bis zum nationalen Sieg“ aufgerufen. Es war zunächst ein Aufstand gegen die Juden. Noch im April kam es zu ersten Massakern in Jaffa, bei denen 15 Juden ermordet, Orangenhaine abgeholzt, Läden und Fabriken zerstört wurden. Am 1. Mai 1936 wurde der Aufstand auch gegen die Briten erweitert; es war jetzt ein „Heiliger Krieg für das Heilige Land“. Die Briten schickten 20.000 Soldaten ins Land und sorgten für „Ruhe und Ordnung“. Die Könige Ibn Saud von Saudi-Arabien und Ghazi des Irak und Emir Abdullah von Transjordanien vermittelten im Oktober 1936 ein Ende des Streiks. Der Aufstand hatte 38 Briten, 80 Juden und 145 Araber das Leben gekostet.

Als eine Art „Belohnung“ für die Vermittlung reduzierten die Briten die Zahl der Einreisebewilligungen für Juden auf 1.800 von Oktober 1936 bis März 1937; das waren nur noch 17 Prozent der von der Jewish Agency geforderten Quote in Höhe von 11.200. Dass die starke jüdische Einwanderung mit der Politik Nazideutschlands zusammenhing, schien den Ara-

bern nicht einzuleuchten. Ihrer Bewunderung für Hitler tat das jedenfalls keinen Abbruch, wie ein „Zwischenfall in Dschenin“ im April 1936 zeigte. Eine Kolonnenfahrt von Jerusalem nach Dschenin wurde abgebrochen, nur der deutsche Generalkonsul fuhr weiter. Er berichtet darüber u. a.:

„Mein Wagen war dauernd von einer aufgeregten Menge umringt, die mit Stöcken und Säbeln (alte deutsche Waffen) ausgerüstet war. Auf den Trittbrettern meines Autos standen auf jeder Seite 5–6 Araber, und es war ein dauerndes Parlamentieren, in das ich nur mit den arabischen Worten: ‚Konsul almani‘ und dem deutschen Gruß ‚Heil Hitler‘ eingriff. Die Erwidern von arabischer Seite erfolgte gleichfalls mit ‚Heil Hitler‘ und Händeklatschen, sodass die Fahrt einem Triumphzug gleichkam. Bezeichnend für die Popularität des Führers und Reichskanzlers bei den Arabern ist, dass auf diese fanatische Menge der deutsche Gruß ‚Heil Hitler‘ die stärkste Auswirkung hatte.“ (Dok. 99)

Tatsache war auch, wie englische Beamte Generalkonsul Döhle offen mitteilten, „dass die englische Politik in Palästina durch die Balfour-Deklaration und die Zusagen an die Araber in eine Sackgasse geraten“ war. Im Herbst 1936 bestand die Gefahr, „dass die arabische Bewegung immer mehr in die Hände extremer Elemente“ geraten könnte. Die britische Regierung setzte eine neue Untersuchungskommission unter Leitung von Lord Robert Peel ein. Sie sollte vier Dinge tun:

1. „die grundlegenden Ursachen der Unruhen“ ermitteln;
2. „Verflechtungen der Mandatsmacht gegenüber Arabern und Juden überprüfen“;
3. „legitime Beschwerden“ über die Durchführung des Mandats feststellen, und
4. „Empfehlungen zur Vermeidung von Beschwerden“ unterbreiten.

Noch während der Anwesenheit der Kommission in Palästina wurde die Unsicherheit im Lande größer, und es ereigneten sich fast täglich Überfälle; selbst der Vorsitzende der Kommission, Lord Peel, wurde fast ein Opfer eines solchen Überfalles: Auf der Straße vom Toten Meer nach Jerusalem fand eine halbe Stunde nach seiner Durchfahrt ein Überfall statt. Von jüdischer Seite wurde, so Generalkonsul Döhle,

„zu Propagandazwecken die Lage im Lande in den schwärzesten Farben geschildert, um durch Mobilmachung der öffentlichen Meinung der Welt, besonders in den Vereinigten Staaten, die Entscheidung der Königlichen Kommission und der engli-

## 1. Einleitung

---

schen Regierung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Bemerkenswert sind die scharfen Angriffe, die in der letzten Zeit von jüdischer Seite gegen die Mandatsverwaltung und gegen fast alle Engländer in führenden Stellen der Mandatsverwaltung gerichtet werden.“ (Dok. 107)

Die Kommission veröffentlichte ihren Bericht im Juli 1937. Das Ergebnis war eindeutig: Das Palästina-Mandat war nicht durchführbar, das Land sollte in zwei Staaten geteilt werden. Der Bericht sprach von einem unüberwindlichen Konflikt zwischen Juden und Arabern; sie könnten möglicherweise lernen, in Palästina zusammenzuleben und zu arbeiten, wenn sie eine echte Anstrengung machen wollten, ihre nationalen Ideale miteinander zu versöhnen und zu verbinden und so mit der Zeit ein gemeinsames, zweigestaltiges Staatsvolkstum aufzubauen. „Aber“, so das Fazit, „hierzu sind sie nicht imstande.“ Die Verschärfung des Konfliktes werde fortschreiten: „Die trennende Macht der Umstände in Palästina wächst von Jahr zu Jahr. [...] Da jede Gemeinschaft überdies anwächst, so vertieft sich die Rivalität zwischen beiden.“ Bis zum Ende des Mandats bleibe die Lage durch die Ungewissheit über die Zukunft „verdunkelt“. Jeder intelligente Araber und Jude sei gezwungen zu fragen: „Wer wird schließlich in Palästina regieren?“ Es sei ein Fall „Recht gegen Recht“, eine Situation, die nur durch die Teilung Palästinas in zwei unabhängige Staaten, einen arabischen und einen jüdischen, gelöst werden könne. Großbritannien sollte als Mandatsmacht strategisch wichtige Plätze und die heiligen Stätten behalten.

Der jüdische Staat würde demnach etwa 20 Prozent Palästinas ausmachen und den nördlichen Bereich Galiläas bis südlich von Nazareth und die Gebiete von der libanesischen Grenze bis südlich von Jaffa – das arabisch bleiben sollte – erhalten. Für die Araber war der Rest des Gebiets vorgesehen. Als Entschädigung für den Verlust jenes Territoriums, das von den Arabern als das ihre angesehen wurde, sollte der arabische Staat eine jährliche Subvention vom jüdischen Staat bekommen. Für Peel war klar, dass eine „drastische Operation notwendig“ sei: „Kein ehrlicher Arzt kann hier bloß Aspirin und eine Wärmflasche empfehlen.“

Die Araber lehnten den Teilungsplan sofort ab. Der geplante arabische Staat würde zwar 80 Prozent des Gebietes umfassen, aber der fruchtbarste Teil wäre den Juden zugesprochen worden, und 250.000 Araber, die in Galiläa wohnten, hätten das Land verlassen müssen. Im Übrigen würden die Juden einen unabhängigen Staat bekommen, während der arabische Staat höchstwahrscheinlich ein Teil Transjordanien geworden wäre. Ein arabischer Kongress im September 1937 in Bludan in Syrien rief die Araber zu vereintem Widerstand gegen das „Weltjudentum“ und dessen Absichten auf, einen Staat in Palästina zu errichten. Von nun an war Palästina

nicht mehr nur eine Angelegenheit der Araber in Palästina, sondern eine Angelegenheit aller Araber. (Dok. 116) Die Teilung des Landes allerdings war von nun an eine Option.

Die Zionisten reagierten zunächst zurückhaltend auf den Teilungsplan; man forderte ein größeres Gebiet. Auf dem 20. Zionistenkongress in Zürich im August 1937 sprach sich dann aber eine Mehrheit für die Annahme des Plans aus, nachdem David Ben Gurion klargemacht hatte, dass kein Stück Land aufgegeben werde, der Peel-Plan aber möglicherweise der beste Weg sei, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Das Wichtigste aber war, dass man einen unabhängigen Staat bekommen würde, der unbeschränkt Juden aufnehmen könnte, was angesichts der Entwicklung in Deutschland immer wichtiger wurde.

Die Araber reagierten auf ihre Weise: Im September 1937 begann die zweite Phase ihres Aufstandes, die bis Januar 1939 dauerte. Erstmals richtete sich der Kampf auch gegen britische Regierungsbeamte. Im September 1937 wurde der amtierende Distriktkommissar von Galiläa ermordet. (Dok. 117) Der Großmufti flüchtete daraufhin in den Libanon und dann in den Irak. In den folgenden Wochen und Monaten durchstreiften bewaffnete arabische Banden das Land, die schon bald Verbindungswege und sogar Städte kontrollierten. Seite an Seite mit den Briten agierte jetzt die jüdische paramilitärische Selbstverteidigungsorganisation Haganah (hebr. „Verteidigung“). Der Haganah wurde erlaubt, sich zu bewaffnen. Unter dem Kommando des schottischen Offiziers Orde Charles Wingate wurden gemischte britisch-jüdische Spezialeinheiten gebildet, die zwar vordergründig die 1935 fertig gestellte Pipeline der Iraq Petroleum Company schützen sollten, die aber in erster Linie gegen die arabischen Rebellen kämpften. Sie drangen nachts in arabische Dörfer ein („special night squads“) und sprengten Häuser, etc.

Für einige Zionisten war die Haganah als britische Hilfspolizei allerdings zu wenig. 1937 spaltete sich eine Gruppe ab und begann als Irgun Z'vai Le'umi (Nationale Militärorganisation, IZL, Etzel oder auch Irgun) eigene „Operationen“. Ihre Terrorangriffe richteten sich gegen arabische Busse, Cafés, Märkte und andere öffentliche Plätze. Allein innerhalb von drei Wochen im Jahr 1937 töteten sie auf Märkten 77 Araber.

Die Briten gingen hart gegen die Araber vor. Von 1937 bis zum Ende des Aufstandes im Frühjahr 1939 wurden über 100 von ihnen im Zentralgefängnis von Akko gehängt. Häuser von Familien, die verdächtigt wurden, Aufständische zu unterstützen, wurden gesprengt. Als die Briten versuchten, die Aktivitäten der Irgun einzuschränken und ein Mitglied hängten, gab Ben Gurion die Losung aus: „Nicht mehr die Briten länger unterstützen, sondern unsere eigene Militärmacht aufstellen, damit wir, wenn nötig, gegen sie antreten können.“ (Dok. 110–114, 123)

## 1. Einleitung

---

Auch über die Vorstellung des Emir Abdullah von Transjordanien erfahren wir etwas. Für ihn lag die größte Gefahr darin, dass der geplante Judenstaat

„mindestens in den ersten Jahren starke dynamische Expansionskräfte in sich tragen müsse, die zu einer erheblichen Beunruhigung des arabischen Raumes führen würden. Doch sei diese Lösung immer noch besser als ein Fortdauern des jetzigen Zustandes, der notwendig dazu führen werde, dass sich in wenigen Jahren ganz Palästina in den Händen der Juden befinde. Der englische Teilungsvorschlag habe wenigstens zur Folge, dass die jüdischen Ansprüche auf Palästina zum ersten Male eine räumliche Begrenzung erhielten.“ (Dok. 116)

Der Großmufti von Jerusalem hatte bekanntlich andere Vorstellungen. Der Aufstand gegen die Engländer war offensichtlich erfolgreich. Im September 1938 berichtete Döhle: „Im ganzen Land herrscht praktisch Anarchie. Von einer auch nur einigermaßen normalen Verwaltung kann nicht mehr die Rede sein.“ Und dann weiter:

„Den zunächst zahlenmäßig nicht sehr starken aufständischen Arabern ist es gelungen, mehr oder weniger das gesamte arabische Volk Palästinas auf ihre Seite zu ziehen. Die Mittel, die angewandt wurden, um dieses Ziel zu erreichen, waren entsprechend dem orientalischen Charakter und dem Fanatismus der Aufständischen oft recht grausam, denn es wurde nicht nur mit der Waffe der Propaganda, sondern in weitem Umfang mit schärfstem persönlichen Terror gearbeitet, der vor Fememorden nicht zurückschreckte. Rücksichten auf Alter, Gelehrsamkeit und frühere Verdienste wurden nicht genommen. Jeder, der sich nicht rückhaltlos auf die Seite der Kämpfer für die Freiheit Palästinas stellte, sondern im Verdacht stand, den Engländern in die Hände zu arbeiten, sei er Beamter im Dienst der Mandatsregierung, sei er mohammedanischer Geistlicher oder ein einfacher Fellach, verfiel dem Femespruch der Aufständischen und wurde ermordet.“ (Dok. 123)

So wurden in der Nähe von Jaffa zwei ermordete Araber gefunden,

„von denen einem das Herz aus dem Leibe gerissen und dem zweiten die Kehle durchschnitten und die Zunge durch die Kehle gezogen war. Beiden war ein Zettel mit der Inschrift an-



geheftet: „So behandeln wir die Verräter an der nationalen Sache.“ Das Fazit lautete: „Die Aufständischen können heute mit Recht behaupten, dass sie nicht fanatische Einzelgänger, sondern Träger einer Volksbewegung sind.“ (Dok. 123)

Die Briten gingen mit massiver Gewalt vor – letztlich aber ohne großen Erfolg. Während sich ein Führer der Aufstandsbewegung an Adolf Hitler wandte, „den großen Führer Deutschlands, der seiner Nation unvergängliche Ehre und Ruhm geschaffen hat“ (Dok. 136), zogen die Briten die Notbremse. Nachdem die Altstadt von Jerusalem zurückerobert worden war, streckte Großbritannien die Fühler zu den Arabern aus. Entscheidend war dabei die Entwicklung in Europa, wo ein Krieg offensichtlich immer näher rückte. Das bedeutete auch das Ende einer möglichen Teilung Palästinas. Das Foreign Office war von Anfang an gegen den Peel-Plan gewesen und stellte nun klar, „dass die Auswirkungen, die ein mit den Feinden Großbritanniens verbündeter Naher Osten auf Europa hat, gravierender sind als jedes Argument für eine Teilung Palästinas“. Und die Militärs stellten klar, dass es darum gehe, „die Araber in Palästina und in den Nachbarstaaten vollständig für uns zu gewinnen“. Britische Truppen würden in Europa gebraucht, nicht im Nahen Osten.

Der neue Kolonialminister, Malcolm MacDonald, lud für Februar 1939 Vertreter aus Ägypten, dem Irak, Saudi-Arabien, Transjordanien und dem Jemen sowie Vertreter der Jewish Agency und Zionisten aus den USA und Großbritannien nach London ein. Die Zionisten waren alarmiert und reagierten auf ihre Weise: Am 27. Februar starben 38 Araber in einer Serie von Bombenexplosionen in Palästina. In London weigerten sich die Araber, überhaupt mit den Zionisten zu sprechen. Premierminister Chamberlain traf beide Gruppen separat – ohne Ergebnis. Um die Freundschaft der Araber zu gewinnen, so Außenminister Halifax am 8. März, müsse definitiv die Zahl jüdischer Einwanderer festgelegt werden. Chamberlain sprach sich mit Rücksicht auf die amerikanische öffentliche Meinung für 100.000 aus; man einigte sich dann in Beratungen mit den Arabern auf 75.000 für die nächsten fünf Jahre. Das britische Weißbuch sollte sofort veröffentlicht werden. Wenn Großbritannien schon jemanden beleidigen müsse, so Chamberlain, dann die Juden, und nicht die Araber.

Am 17. Mai 1939 wurde das Weißbuch veröffentlicht. Es war das Ende der bisherigen Politik. Angesichts der weltpolitischen Entwicklung war der Zionismus für Großbritannien zur Belastung geworden. Jetzt verkündete die britische Regierung „unzweideutig, dass es nicht ihre Politik ist, aus Palästina einen jüdischen Staat werden zu lassen“. Man wollte einen unabhängigen Staat Palästina innerhalb von zehn Jahren errichten, in dem Araber und Juden gemeinsam leben sollten, die Einwanderung aber in je-

## 1. Einleitung

---

dem Fall beenden. Für die nächsten fünf Jahre sollten nur noch die insgesamt 75.000 Juden zugelassen werden – 15.000 pro Jahr –, danach würde es keine jüdische Einwanderung mehr geben, es sei denn, die Araber Palästinas wären damit einverstanden. Die britische Regierung sei entschlossen, so hieß es weiter, „die illegale Einwanderung zu verhindern“, der Hochkommissar erhalte Vollmachten, „den Landverkauf zu verbieten und zu steuern“.

Die Reaktion der Zionisten war entsprechend. Für Weizmann war es Verrat an den Juden, für Ben Gurion gar „der größte Verrat, den die Regierung eines zivilisierten Volkes in unserer Generation begangen hat“. Er sei „mit der Kunstfertigkeit von Experten für Hinterlist und vorgetäuschte Rechtschaffenheit formuliert und erläutert worden“. Und er gab die Parole aus: „Für uns gibt es kein Weißbuch, und kann es auch gar nicht geben. Wir müssen so handeln, als ob wir der Staat in Palästina wären, bis wir tatsächlich einen Staat in Palästina haben.“

Bis dahin aber schien es noch ein weiter Weg zu sein. Die Entwicklung in Europa wies in Richtung Krieg. Auf dem 21. Zionistenkongress in Genf vom 16. bis 25. August 1939 war Deutsch zum ersten Mal nicht mehr offizielle Konferenzsprache. Das Schlusswort von Weizmann war geradezu prophetisch:

„Finsternis umgibt uns. Wenn wir, wie ich hoffe, überleben und unsere Arbeit fortsetzen können, wer weiß, vielleicht wird ein neues Licht aus der Finsternis kommen. Es gibt einige Dinge, die gewiss eintreten werden, Dinge, ohne die man sich die Welt nicht vorstellen kann. Die übrigen werden weiterarbeiten, weiter kämpfen, weiterleben bis zur Morgenröte einer besseren Zeit. Diese Morgenröte vor Augen, entbiete ich Ihnen meinen Gruß. Mögen wir in Frieden wieder zusammenkommen.“

Das Protokoll vermerkte nach diesen Worten: „Tiefe Bewegung erfasst den Kongress. Dr. Weizmann umarmt seine Kollegen auf dem Podium. Viele haben Tränen in den Augen, Hunderte Hände strecken sich Weizmann entgegen, als er den Saal verlässt.“<sup>2</sup> Vier Wochen zuvor hatte Walter Döhle seinen Posten als Generalkonsul verlassen und war nach Berlin zurückgekehrt.

In dem erwähnten Band „Berichte aus Jerusalem“ wurden erstmals ganz außergewöhnliche Bilder über Palästina in der Mandatszeit abgebildet; die Qualität war eher unbefriedigend. Diese Bilder werden hier noch einmal wiedergegeben, diesmal allerdings auf entsprechendem Papier.

---

<sup>2</sup> Rolf Steininger, *Der Nahostkonflikt*, Frankfurt am Main 2007<sup>5</sup>, S. 26.

Zum Schluss ein Wort des Dankes: in erster Linie an Dr. Peter Grupp im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin, der mir bei der Archivarbeit mit Rat und Tat geholfen hat, sowie meinem Sohn Jens, der in einer Zeit, während der er in Berlin einen „Job“ suchte, mir beim „Ausheben“ der Dokumente geholfen hat. Dann Ministerialrat Alois Söhn vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Wien und Univ.-Prof. Dr. Tilmann Märk, Vizerektor für Forschung der Universität Innsbruck, für finanzielle Unterstützung, die den Abdruck der Bilder in vorliegender Form ermöglichte.

Meinen unentbehrlichen Damen im Sekretariat – Eva Plankensteiner, Ingrid Voggenberger und Mag. Ulrike Scherpereel – danke ich für ihre Hilfe und so manchen wertvollen Ratschlag, genauso wie Mag. Harald Dunajtschik, der Manuskript und Druckfahnen gelesen hat. Last but not least danke ich Christiane Reinelt vom Olzog Verlag ganz herzlich für die engagierte Betreuung des Projektes.

Innsbruck, im Juni 2007

Rolf Steininger  
[www.rolfsteininger.at](http://www.rolfsteininger.at)

